

# SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach  
Leitung-Nr.: LH-16-10001

Vorhabenträger:

**TRANSNET BW**

Ersteller:



ILF Consulting Engineers Austria GmbH  
Feldkreuzstraße 3  
6063 Rum bei Innsbruck  
Österreich

DokumentenzahlNr.: SLPS-ICE-013897-MA-DEU

## Planänderung

**Planfeststellungsabschnitt E2  
von km 0+000 bis 79+525**

**Unterlagen nach § 21 NABEG**

**PLANÄNDERUNG II**

**Teil A00  
Erläuterungsbericht zur Planänderung**

00	15.12.2025	Planänderung II	Franziska Fieg	Valerie Klein	Christoph Ladenhauf
<b>Vers.</b>	<b>Datum</b>	<b>Ausgabe</b>	<b>Erstellt</b>	<b>Geprüft</b>	<b>Freigegeben</b>

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
2 Genehmigungsrechtliche Einordnung.....	9
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte.....	9
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG und Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG .....	9
2.1.2 Feststellung des Plans nach § 24 NABEG .....	9
2.2 Rechtliche Grundlagen.....	9
3 Beschreibung der geänderten Planungen .....	11
3.1 Veranlassung .....	11
3.2 Kennzeichnung .....	11
3.3 Planänderungen.....	12
3.3.1 Erhöhter Flächenbedarf Abspulplätze und Schwerlastzufahrten .....	12
4 Literatur- und Quellenverzeichnis .....	21
4.1 Literatur.....	21
4.2 Gesetze, Richtlinien, Unterlagen und Verordnungen .....	21

## Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
AVV Baulärm	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BKompV	Bundeskompensationsverordnung
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
dB(A)	Dezibel (A-bewerteter Schalldruckpegel)
FFH-LRT/ FFH-Lebensraumtyp(en)	Lebensraumtyp(en) nach Anhang I der FFH-Richtlinie
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
PFA	Planfeststellungsabschnitt
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
VerwR	Verwaltungsrecht

# 1 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist eine Beschreibung und Erläuterung der beabsichtigten Planänderungen für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt E2.

Im Zuge der Ausführungsplanung wurde sowohl bei einigen Abspulplätzen als auch zum Teil bei den Zufahrten zu diesen Abspulplätzen ein Mehrbedarf an Fläche identifiziert, um die Vorgaben des Kabelherstellers einzuhalten. Zudem wird im Zuge der Planänderung II ein Abspulplatz ergänzt, von welchem aus die Kabel für den südlich angrenzenden PFA E3 eingezogen werden sollen. Detaillierte Ausführungen sind dem Kapitel 3.3.1 sowie dem Dokument „Übersicht Änderung Planänderung II“ zu entnehmen.

Nachfolgend sind alle Standorte der Abspulplätze und ggf. zugehörigen Zufahrten, die in der Planänderung II enthalten sind, aufgeführt (siehe Tabelle 1 und Abbildung 1 ff.).

Tabelle 1: Abspulplätze der Planänderung II

Ifd. Nr.	Abspulplatz	Lage (km)	Landkreis	Gemeinde	Gemarkung	Blatt-Nr. Lageplan (C06)	Blatt-Nr. Rechtsverws- plan (D03)
1	A-E2-51-003-V3 inkl. Zufahrt	31+550	Main-Tauber	Boxberg	Uiffingen	34, 45	20, 56
2	A-E2-52-001-V3 inkl. Zufahrt	40+800	Neckar-Odenwald	Ravenstein	Oberwittstadt	51, 59	25, 26
3	A-E2-53-002-V3 inkl. Zufahrt	58+400	Heilbronn	Möckmühl	Korb	69, 79	35, 36
4	A-E2-54-003-V3	77+600	Heilbronn	Oedheim	Oedheim	90, 95	48

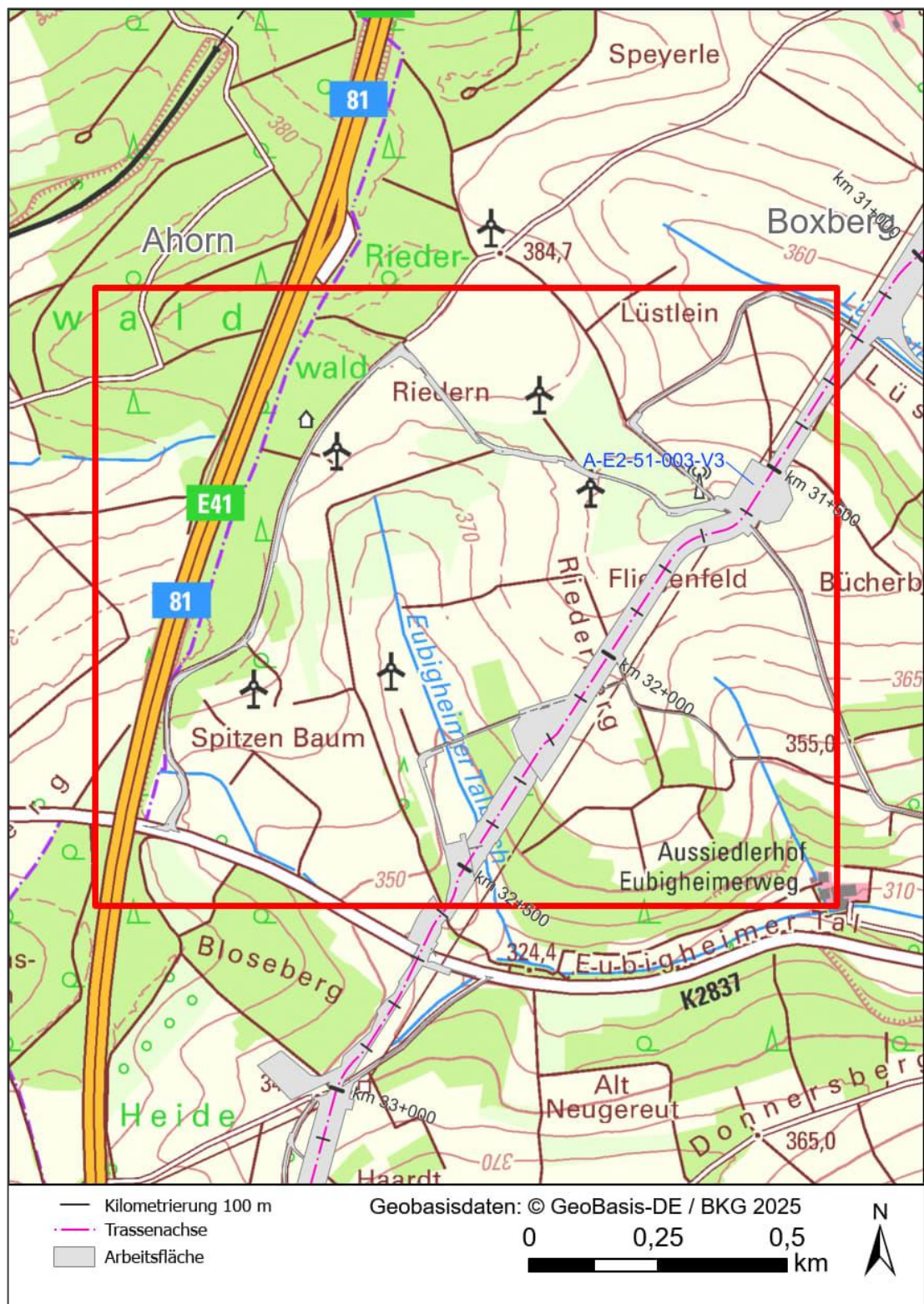


Abbildung 1: Lage des Abspulplatzes A-E2-51-003-V3 inkl. Zufahrt



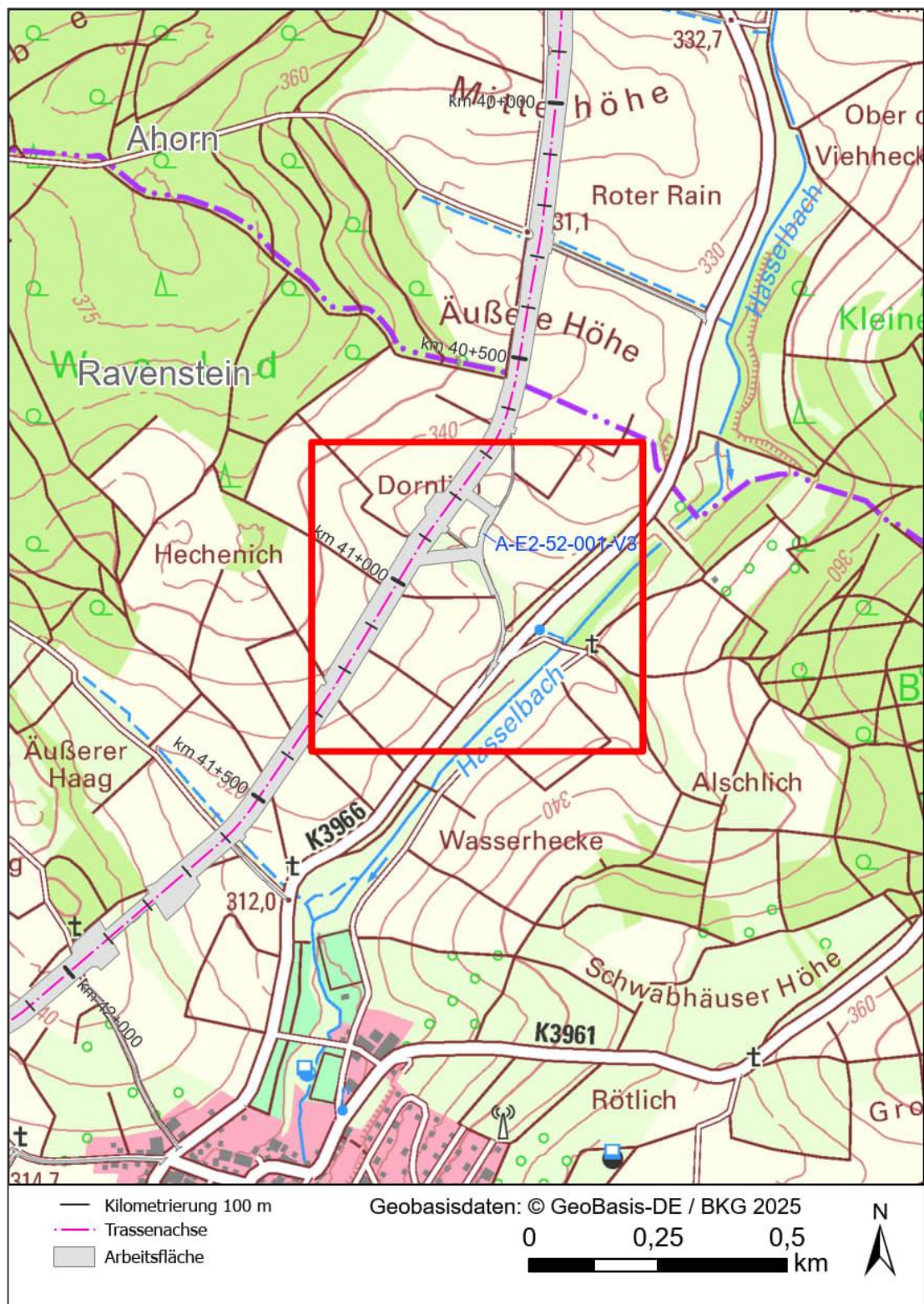


Abbildung 2: Lage des Abspulplatzes A-E2-52-001-V3 inkl. Zufahrt



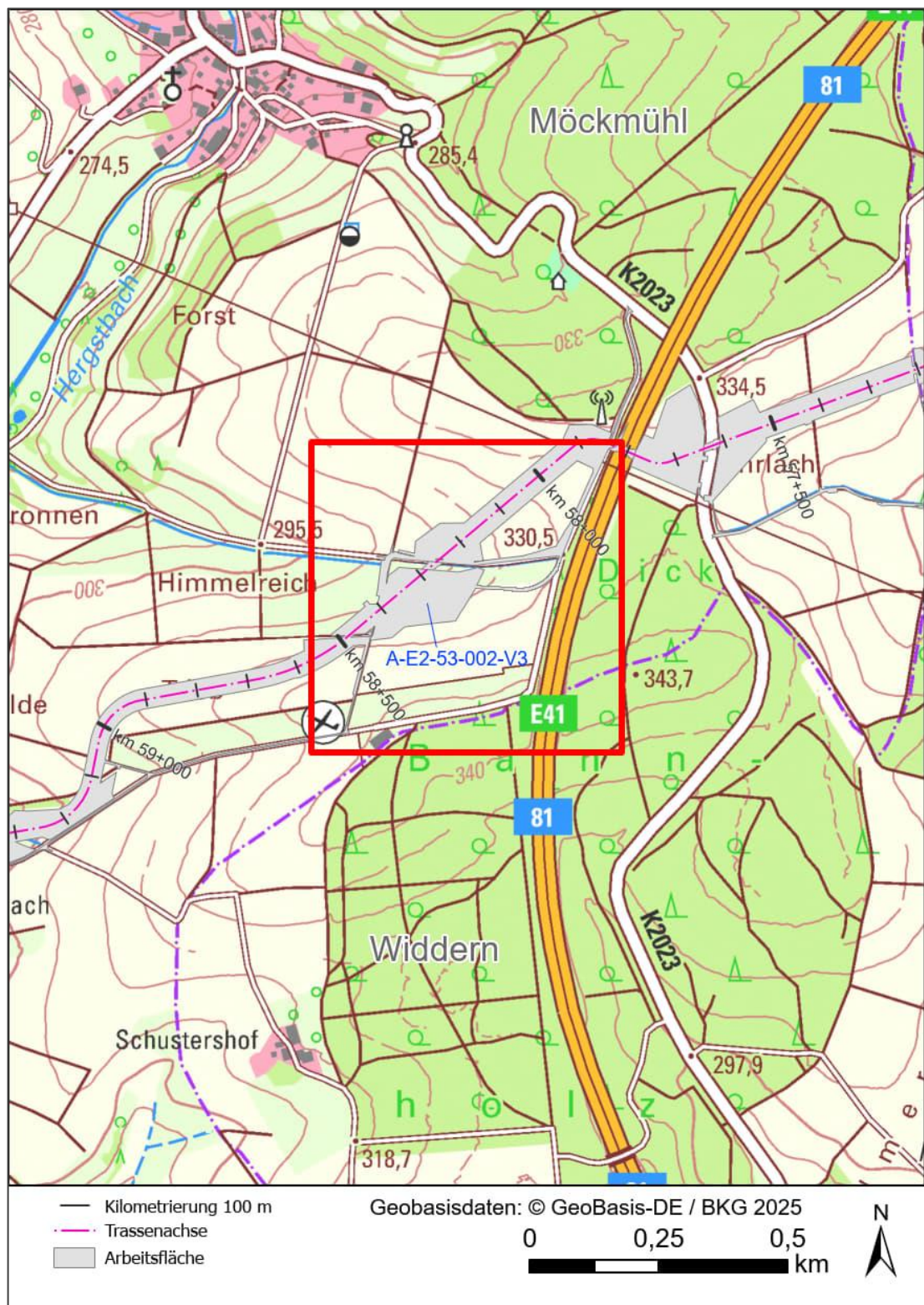


Abbildung 3: Lage des Abspulplatzes A-E2-53-002-V3 inkl. Zufahrt



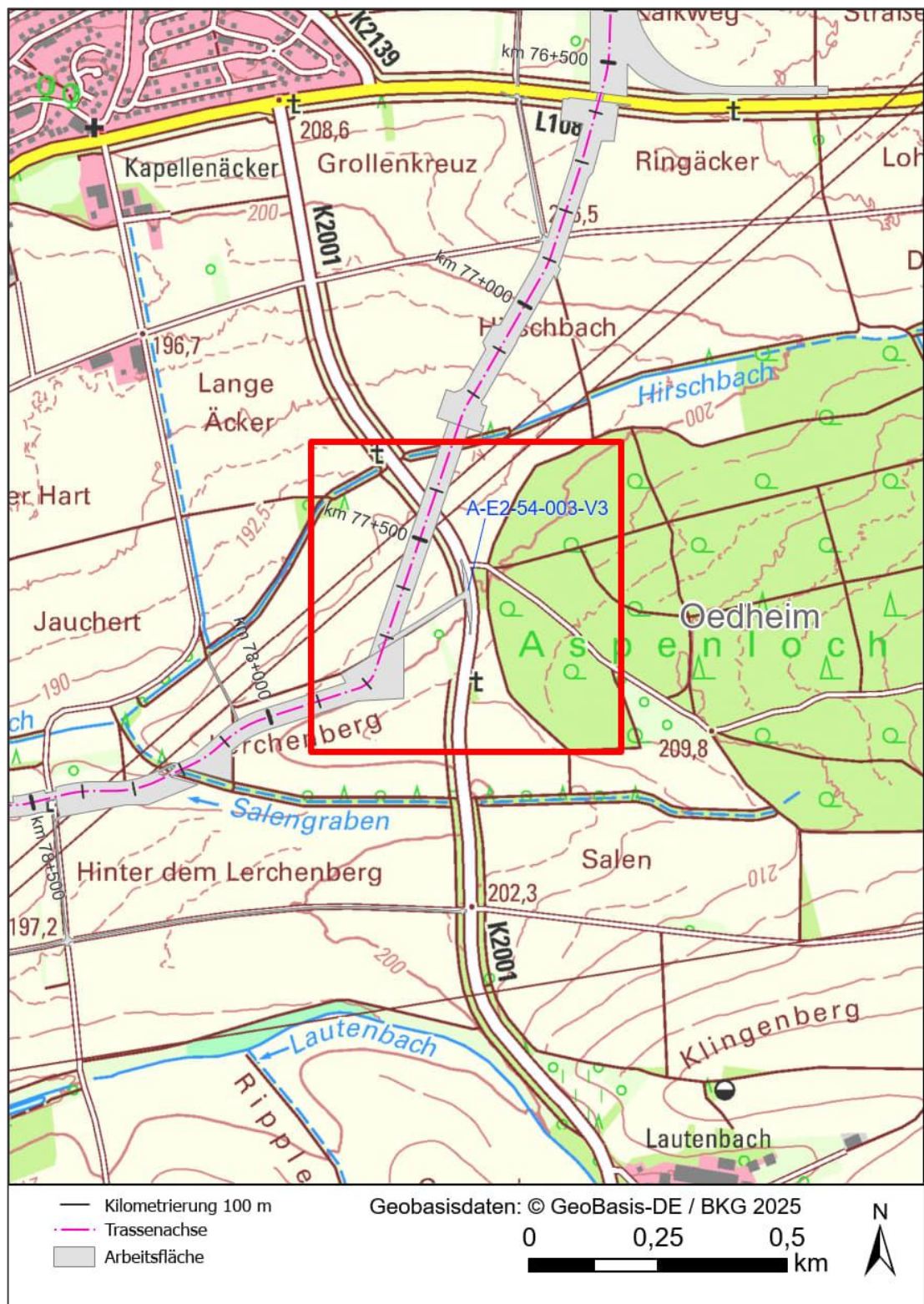


Abbildung 4: Lage des Abspulplatzes A-E2-54-003-V3



## 2 Genehmigungrechtliche Einordnung

### 2.1 Vorausgegangene Planungsschritte

#### 2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG und Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG

Der Vorhabenträger hat den ursprünglichen Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG für den Planfeststellungsabschnitt E2 am 28.04.2023 bei der Bundesnetzagentur eingereicht.

Die Bundesnetzagentur hat bei einem nichtöffentlichen Erörterungstermin die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und Stellungnahmen diskutiert. Teilnahmeberechtigt waren der Vorhabenträger, die Träger öffentlicher Belange und diejenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben. Der Erörterungstermin war am 31. Januar 2024 in Bad Mergentheim.

Detaillierte Informationen zu den Verfahrensschritten können der Homepage zum Netzausbau entnommen werden ([https://www.netzausbau.de/Vorhaben/ansicht/abschnitt.html?cms\\_nummer=3&cms\\_gruppe=bbplg&cms\\_status=pfv&cms\\_abschnitt=Abschnitt+E2](https://www.netzausbau.de/Vorhaben/ansicht/abschnitt.html?cms_nummer=3&cms_gruppe=bbplg&cms_status=pfv&cms_abschnitt=Abschnitt+E2)).

#### 2.1.2 Feststellung des Plans nach § 24 NABEG

Die Bundesnetzagentur hat am 13. September 2024 den ursprünglichen Plan für den Planfeststellungsabschnitt E2 festgestellt. Die Trasse ist rund 80 km lang und damit geringfügig länger als der ursprünglich beantragte Verlauf.

### 2.2 Rechtliche Grundlagen

Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht erforderlich. Das Erfordernis einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird für Änderungen an Vorhaben, die unabhängig von Größen- oder Leistungswerten UVP-pflichtig sind und für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist, in § 9 Abs. 1 Satz 2 UVPG geregelt. Danach ist für derartige Änderungsvorhaben eine Vorprüfung durchzuführen. Die UVP-Pflicht besteht, wenn diese Vorprüfung ergibt, dass die Änderung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Dies ist bei der verfahrensgegenständlichen Planänderung nicht der Fall. Die vorgenommene Vorprüfung hat ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind. Wegen der Einzelheiten wird auf Anhang 01 zu diesem Erläuterungsbericht verwiesen.

Die antragsgegenständliche Planänderung macht ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich, § 76 Abs. 1 VwVfG. Es wird jedoch ein Verzicht auf das Anhörungsverfahren und die öffentliche Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses gemäß § 76 Abs. 3 VwVfG (sog. vereinfachten Planfeststellungsverfahren) angeregt. Die Voraussetzungen nach dieser Vorschrift liegen vor. Auch wenn die Belange anderer durch die Änderung berührt sind und deshalb nicht gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG von einem Planfeststellungsverfahren abgesehen werden kann, handelt es sich objektiv doch um eine Änderung von unwesentlicher Bedeutung. Eine Änderung wird von der Rechtsprechung dann für unwesentlich erachtet, wenn die mit der Planung verfolgte Zielsetzung unberührt bleibt und wenn die beabsichtigte Änderung die bereits getroffene Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur unberührt lässt. Das wird stets der Fall sein, wenn Umfang und Zweck des Vorhabens unverändert bleiben und wenn zusätzliche belastende Auswirkungen von "einigem" Gewicht

sowohl auf die Umgebung als auch hinsichtlich der Belange einzelner auszuschließen sind (BVerwG, Urteil vom 20. Oktober 1989 – 4 C 12/87 –, BVerwGE 84, 31-49, Rn. 27 zu § 18c Abs. 2 FStrG a. F.; BVerwG, Urteil vom 16. Mai 2018 – 9 A 4/17 –, BVerwGE 162, 102-114, Rn. 38). Ein Fall, der bereits aufgrund rechtlicher Vorgaben regelmäßig zur Wesentlichkeit einer Änderung führt, ist deren UVP-Pflichtigkeit. Hierfür spricht – neben verfahrensrechtlichen Zwängen – auch der Umstand, dass von derartigen Vorhaben regelmäßig entsprechende Auswirkungen zu erwarten sein dürften.<sup>1</sup> Ist ein Änderungsvorhaben UVP-pflichtig, kann nicht von einer Unwesentlichkeit ausgegangen werden (Wickel, in: HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 25).

Ausgehend von diesem Maßstab ist die vorliegende Planänderung als unwesentlich einzustufen. Für die Änderung ist insbesondere keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.

Auch im Übrigen ist nicht ersichtlich, dass die Struktur der bereits getroffenen Abwägung berührt würden. Umfang und Zweck des Vorhabens bleiben erhalten, zusätzliche Auswirkungen von einigem Gewicht sind nicht erkennbar. Weitere Ausführungen sind dem Kapitel 3.3.1 zu entnehmen.

---

<sup>1</sup> Wickel, in: HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 25.

### 3 Beschreibung der geänderten Planungen

#### 3.1 Veranlassung

Im Zuge der Ausführungsplanung wurde sowohl bei einigen Abspulplätzen als auch zum Teil bei den Zufahrten zu diesen Abspulplätzen ein Mehrbedarf an Fläche identifiziert, um die Vorgaben des Kabelherstellers einzuhalten. Zudem wird im Zuge der Planänderung II ein Abspulplatz ergänzt, von welchem aus die Kabel für den südlich angrenzenden PFA E3 eingezogen werden sollen. Da sich die baulichen Änderungen des zusätzlichen Abspulplatzes im PFA E2 befinden, wird dieser im Zuge der vorliegenden Planänderung für den PFA E2 beantragt.

#### 3.2 Kennzeichnung

Dokumente des vorangegangenen Genehmigungsverfahrens, die von einer Planänderung inhaltlich berührt werden und daher Überarbeitungsbedarf aufweisen, werden als Ganzes im erforderlichen Umfang überarbeitet.

- Textliche Korrekturen erfolgen durch Streichung der Bestandstexte und Ergänzung von Ersatztexten in blauer Schrift. Umfangreichere textliche Korrekturen erfolgen durch Streichung der Bestandsabsätze und Ergänzung neuer Absätze in blauer Schrift. Die neuen Texte folgen immer auf die Streichungen.
- Der Austausch von Abbildungen erfolgt unter Umrandung und Auskreuzung der vorhandenen Abbildung und Einfügen der Ersatzabbildung mit einer blauen Umrandung. Die Ergänzung von Abbildungen erfolgt durch Einfügen der neuen Abbildung mit einer blauen Umrandung und Ergänzung einer neuen Bildunterschrift in blauer Schrift. Die neue Abbildung wird indiziert („a“ etc.), damit die Nummerierung der vorhandenen Abbildungen unverändert erhalten bleibt. Die ersatzlose Löschung von Abbildungen, soweit nicht vermeidbar, erfolgt durch Einfügen einer blauen Umrandung und Auskreuzung der vorhandenen Abbildung.
- Korrekturen von Tabellenwerten folgen den formalen Anforderungen für Texte: Streichung der Bestandswerte und Ergänzung von Ersatzwerten in blauer Schrift. Die Ergänzung von Tabellen folgt den vergleichbaren formalen Anforderungen für Abbildungen. Die ersatzlose Löschung von Tabellen, soweit nicht vermeidbar, folgt den vergleichbaren formalen Anforderungen für Abbildungen.
- Durch die Planänderung berührte Pläne werden im Plankopf mit „Planänderung“ in blauer Schrift gekennzeichnet. In der Planlegende ist unter der Überschrift eine allgemeine Symbolerklärung für Änderungen (in blauer Farbe) ergänzt. Geänderte oder neu hinzukommende Planinhalte sind in blauer Farbe gezeichnet. Bei einer neu hinzukommenden oder in der Bedeutung geänderten Flächenkennzeichnung mit einer gemäß der Planlegende zugewiesenen Bedeutung sind die Umrandung und die Füllung gemäß Legende gezeichnet und zusätzlich mit einer blauen Linie umrandet. Nicht mehr zutreffende Umrandungen und Flächenfüllungen entfallen ersatzlos.

Gemäß der nach § 9 Abs. 1 S. 2 UVPG für den gegenständlichen Änderungsantrag durchgeführten UVP-Vorprüfung (s. Anhang 01 zu diesem Erläuterungsbericht) besteht keine UVP-Pflicht und somit auch kein Anlass, einen UVP-Bericht für die beantragte Änderung zu erstellen.



Dem Planfeststellungsantrag zum Ausgangsverfahren wurde ein vollständiger UVP-Bericht für das von SuedLink umfasste Vorhaben Nr. 3 gem. Anhang 1 BBPlG beige-fügt.

### 3.3 Planänderungen

#### 3.3.1 Erhöhter Flächenbedarf Abspulplätze und Schwerlastzufahrten

Für die Realisierung von SuedLink sind Schwertransporte erforderlich, um die HGÜ-Kabel vom jeweiligen nächstgelegenen Kabelzwischenlager zu den einzelnen Abspulstandorten entlang der Trasse zu transportieren. Das Abspulen der HGÜ-Kabel in die Kabeltrasse erfolgt an Abspulplätzen, die eine ebene Fläche haben, ausreichend befestigt sind und ein sicheres Abspulen ermöglichen. Das vorgesehene Bemessungsfahrzeug ist dabei relevant für die geometrische und bauliche Bemessung der Zuwegungen und der Abspulplätze. Bei Abspulplätzen direkt an der Muffengrube, aber auch teilweise bei Abspulplätzen auf oder an Straßen sind ausreichend dimensionierte Wendeschleifen anzulegen, um den Schwertransport wieder zurückführen zu können, bzw. die Kabeltrommel in geeigneter Position zur Kabeltrasse platzieren zu können.

Im Zuge der Ausführungsplanung wurden die Schwerlastzufahrten unter Berücksichtigung des Höhenprofils und den sich daraus ergebenden Straßenneigungswinkeln und Gradienten detaillierter ausgeplant. Aufgrund der Geländeform sind z. T. größere Eingriffe nötig, um die Zufahrten breit genug für ein Befahren mit den Kabeltransport-Fahrzeugen auszubauen. Zudem haben sich die Anforderungen des Kabellieferanten verändert, wodurch sich der Flächenbedarf im Bereich der Muffenumfahrungen erhöht. Auf den Abspulplätzen ist ein größerer Abstand zwischen dem Fahrzeug und der Muffengrube einzuhalten, um ein gefahrloses Einziehen der Kabel zu ermöglichen. Aufgrund strengerer Neigungsanforderungen innerhalb der Muffenumfahrungen werden außerdem weitere Bodenlagerflächen für den zusätzlich anfallenden Bodenaushub außerhalb der Muffenumfahrungen benötigt. Teilweise erfordern die veränderten Anforderungen des Kabellieferanten einen Zugang zum Abspulplatz an anderer Stelle, wodurch eine neue Zufahrt erforderlich wird.

Bei von der Trasse entfernten Abspulplätzen erfolgt das Einziehen der HGÜ-Kabel über sogenannte Abspulstreifen, welche aufgrund der aktuellen Anforderungen entgegen den Annahmen in den Unterlagen nach § 21 NABEG geschottert werden müssen.

Mit Abschluss des Kabelzugs werden die Baufelder geräumt, Maschinen und Materialien abtransportiert sowie die Baustraße, die Abspulplätze und die Zuwegungen zurückgebaut. Daran schließt sich i. d. R. eine Rekultivierung der in Anspruch genommenen Flächen an, so dass das ursprüngliche Landschaftsbild und die Flächennutzung wiederhergestellt werden.

Um Beeinträchtigungen von Tieren, Pflanzen und der biologischen Vielfalt zu mindern, wurden bereits bestehende Maßnahmen auf die aktuellen Arbeitsflächen ausgeweitet und ggf. zusätzliche Maßnahmen vorgesehen (siehe Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“ inkl. Anhang 02 „Maßnahmenblätter“). Die planliche Darstellung der zusätzlich in Anspruch genommenen Flächen sowie der angepassten oder ergänzten Maßnahmen erfolgte in Teil I, Anlage 01 „Maßnahmenplan“. Neu vorzusehenden Maßnahmen in den jeweiligen Bereichen wurden in den Maßnahmenplänen dabei in blauer Farbe dargestellt. Bereits bestehende Maßnahmen, welche auf die aktuellen Umgriffe der Bauflächen oder Zufahrten ausgeweitet wurden, wurden hingegen nicht in blauer Farbe dargestellt.

Die Maßnahmen des Bodenschutzkonzepts wurden ebenso auf die zusätzlich in Anspruch genommenen Flächen ausgeweitet (siehe Teil L02 „Bodenschutzkonzept“, Kap. 6/Tab. 46, Anlagen 01a und 01e). Zudem wurden die planlichen Darstellungen der Abspulplätze und Zufahrten in den Bodenschutzplänen (Teil L02, Anlagen 01a – 01e) angepasst. Aufgrund der zusätzlichen Flächeninanspruchnahmen wurden die Flächenanteile der Kartiereinheiten gem. BK50, der natürlichen Bodenfunktion, der standörtlichen Verdichtungsempfindlichkeit sowie der Erosionsgefährdung durch Wasser und Wind (je für Oberboden) angepasst (Kap. 3.1/Tab. 6, Kap. 3.1/Tab. 8, Kap. 3.2.1/Tab. 10, Kap. 3.2.3/Tab. 14, Kap. 3.2.4/Tab. 17). Auch die betroffenen Flächen mit Kampfmittelverdacht (Kap. 3.2.5/Tab. 22) wurden an die aktuellen Umgriffe angepasst. Außerdem erfolgte eine Anpassung der Massenbilanzierungen für die Abspulplätze, für die Mietenlagerung auf den Abspulplätzen, für die externen Zuwegungen sowie für die Mietenlagerung beim Ausbau der externen Zuwegungen (Kap. 5.1.2.5/Tab. 31, Kap. 5.1.2.5/Tab. 32, Kap. 5.1.2.8/Tab. 37, Kap. 5.1.2.8/Tab. 38). Da die Abspulstreifen, über welche bei von der Trasse entfernten Abspulplätzen die Kabel gezogen werden, entgegen der Annahmen in den Planfeststellungsunterlagen nach § 21 NABEG geschottert werden müssen, wurden die erklärenden Texte im Bodenschutzkonzept angepasst (Kap. 2.3.1.5, Kap. 2.3.1.13/Tab. 5, Kap. 5.1.2.5).

Aufgrund der größeren Flächeninanspruchnahme und den damit verbundenen Eingriffen in Biotoptypen wurde die Kompensationsberechnung nach BKompV im Zuge der Planänderung II angepasst (Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“ inkl. Anhang 01 „Tabellarische Gegenüberstellung von Eingriff und Kompensationsmaßnahmen“). Der Ökopunkteverlust für Eingriffe in den Boden erhöht sich nicht, da keine zusätzlichen erheblichen Beeinträchtigungen durch dauerhafte Versiegelung zu erwarten sind. Gem. der Arbeitshilfe „Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelungen“ (LUBW 2012) sind bleibende Beeinträchtigungen der Bodenfunktion bei temporären Eingriffen aufgrund der fachgerechten Wiederherstellung und Rekultivierung nicht zu erwarten, es sei denn, es handelt sich um verdichtungsempfindliche Böden. Daher werden in der Kompensationsberechnung des Bodens nur jene temporären Eingriffe mit erheblichen Beeinträchtigungen bilanziert, welche auf sehr hoch verdichtungsempfindlichen Böden stattfinden (Verlust der ursprünglichen Leistungsfähigkeit von pauschal 10 %). Im Zuge der Planänderung II werden keine sehr hoch verdichtungsempfindlichen Böden zusätzlich in Anspruch genommen. Aufgrund neuer Konflikte in den zusätzlich in Anspruch genommenen Flächen wurden die aktuellen Lagen in den Konflikttabellen von Biotoptypen (Kap. 5.3/Tab. 17), Tieren (Kap. 5.3/Tab. 18) und Boden (Kap. 5.4/Tab. 19+20) ergänzt. Der Eingriff in den ausgewiesenen Bereich einer Feldhecke mittlerer Standorte aus der Biotoptypenkartierung, welche gem. § 30 BNatSchG geschützt ist, wurde im Teil K04 „Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen“ ergänzt.

Da sich ein Auszug der Kompensationsberechnung im Teil A01 „Erläuterungsbericht“ findet, wurde auch dieser an die aktuelle Kompensationsberechnung angepasst (Kap. 7.1.3).

Aufgrund der Zufahrt des Abspulplatzes A-E2-51-003-V3 durch den Uiffinger Wald erhöht sich die temporäre Waldumwandlung, welche sowohl im Teil K03 „Voraussetzungen für forstwirtschaftliche Genehmigungen“ (inkl. Anhang 01 „Zusammenstellung betroffener Grundstücke inkl. Rodungsflächen“ und „Lagepläne Forst“) als auch im Teil L09 „Unterlage zur Forstwirtschaft“ angepasst wurde. Da neben bewaldeten Flächen auch Waldboden in Anspruch genommen wird, welcher nicht mit Forstpflanzen bestockt ist, wurde unter Kapitel 2.2 erläutert, dass es sich dabei ebenfalls um eine temporäre Waldumwandlung handelt.

Da sich der zusätzliche Abspulplatz A-E2-54-003-V3 (Nr. 4) in ca. 30 m Entfernung zum Teilgebiet „Wald westl. Neuenstadt“ des FFH-Gebiets DE 6721-341 „Untere Jagst und unterer Kocher“ befindet, wurde die Beschreibung der relevanten Wirkfaktoren sowie die Auswirkungsprognose im Teil G „Natura 2000-Verträglichkeitsprüfungen“ ergänzt (Kap. 4.5.6 ff).

Vermehrte Eingriffe in archäologische Flächen durch die zusätzliche Flächeninanspruchnahme im Bereich der Abspulplätze und Zufahrten wurden im Teil L07 „Unterlage zur Bodendenkmalpflege“ integriert. Die planliche Darstellung der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme erfolgte in den Anlagen 01a, 01b und 02 des Teils L07.

In zwei Bereichen wurden die Zufahrten zu den Abspulplätzen nicht nur in ihrer Breite angepasst, sondern folgen zum Teil einem neuen Verlauf. Diese zwei veränderten bzw. zusätzlichen Zufahrten wurden im Zuge der Planänderung II in den Kartenblättern 05 und 06 der Übersichtslagepläne (Teil C04) ergänzt. Außerdem wurden die veränderte Zufahrt zum Abspulplatz Nr. 3, der zusätzliche Abspulplatz für den PFA E3 sowie eine Auflistung der von der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme betroffenen Schwerlastzufahrten im Teil K05 „Voraussetzungen für straßenrechtliche Genehmigungen“ ergänzt.

Die zusätzlichen Flächen, welche im Bereich der vier Abspulplätze und der drei Zufahrten zu den Abspulplätzen vorübergehend in Anspruch genommen werden, wurden in den Lageplänen (Teil C06) und in den Rechtserwerbsplänen (Teil D03) ergänzt. Im Teil D02 „Rechtserwerbsverzeichnis“ wurde im Zuge der Planänderung II die vorübergehende Flächeninanspruchnahme durch die zusätzlichen Flächen der Abspulplätze und Zufahrten bei den betroffenen Flurstücken angepasst. Die neu betroffenen Flurstücke 1097 (Gemarkung Oberwittstadt) und 593/1 (Gemarkung Korb) wurden hinzugefügt. Bei den Flurstücken, welche durch eine Änderung der Art der Flächeninanspruchnahme betroffen sind, wurde eine Bemerkung in der letzten Spalte ergänzt. Da der Abspulstreifen, über welchen die Kabel bei einem von der Trasse entfernten Abspulplatz zur Muffe gezogen werden, entgegen den Annahmen in den Planfeststellungsunterlagen nach § 21 NABEG geschottert werden muss, erfolgt dort ein Eingriff in den Boden. Diese Aufschotterung ist notwendig, um eine bodenschonende Lastverteilung für das Befahren mit Lastkraftwagen zu erreichen. Die vorübergehende Flächeninanspruchnahme ändert sich bei den lediglich durch den Abspulstreifen betroffenen Flurstücken nicht. Die Abspulstreifen sind in den Lageplänen (C06) als Neubau Fahrbahn mittels ungebundener Deckschicht dargestellt, da diese ebenfalls geschottert werden.

Gemäß Notiz zum Emissionsgutachten werden in der Bauphase „Kabel verlegen“ im gesamten PFA E2 die Immissionsrichtwerte der AVV Baulärm eingehalten. Aufgrund der nur geringen Flächenvergrößerung des Arbeitsstreifens und der hohen Abstände zur nächstgelegenen Bebauung (mind. 600 m) werden die Immissionsrichtwerte der AVV Baulärm an der jeweils nächstgelegenen Bebauung eingehalten.

Im Planfeststellungsabschnitt E2 kommt als Quelle für Erschütterungen lediglich der Aufbruch von felsigem Untergrund mit Meißelbaggern im Bereich der offenen Bauweise in Betracht. Im Bereich der zusätzlich beanspruchten Flächen kommen keine potenziell erschütterungsträchtigen Bauverfahren zum Einsatz.

Für die Licht-/Staubimmissionen ist keine Neubewertung nötig. Die bisher für das Vorhaben geltenden Minderungsmaßnahmen gelten nach wie vor.



Aufgrund der Neubetroffenheit von lediglich zwei Flurstücken ergeben sich keine veränderten Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Belange. Von einer Anpassung des Teils L08 „Unterlage zur Land- und Teichwirtschaft“ (Kap. 3.6, Tab. 10) wurde daher abgesehen.

Detaillierte Informationen zur Anpassung der Unterlagen können dem Dokument „Übersicht Änderungen Planänderung II“ entnommen werden.

Nachfolgend sind alle Standorte der Abspulplätze und ggf. zugehörigen Zufahrten, die Teil der Planänderung II sind, aufgeführt und der Umfang der jeweiligen Änderungen erläutert.

### 3.3.1.1 A-E2-51-003-V3 inkl. Zufahrt

Der Abspulplatz A-E2-51-003-V3 befindet sich im Gemeindegebiet von Boxberg bei km 31+550, direkt an der Trasse. Betroffen von der Planänderung sind die Flurstücke 433, 4640, 4649, 5491, 5705, 5745, 5757, 6165, 6166, 6220, 6236, 9640, 9643, 9644, 9645, 9660 und 9661 der Gemarkung Uiffingen, auf denen sich die temporäre Flächeninanspruchnahme erhöht. Auf dem Straßenflurstück 6068 der Gemarkung Uiffingen verringert sich die temporäre Flächeninanspruchnahme.

Aufgrund der veränderten Muffenumfahrung muss der Abspulplatz in zwei Bereichen vergrößert werden. Zudem muss die Zufahrt von der K 2837 in einigen Bereich verbreitert werden, weshalb es auch dort zu größeren Flächeninanspruchnahmen kommt.

Die zusätzlichen Flächeninanspruchnahmen befinden sich auf Ackerflächen (37.11), Grünland (33.62), Fettwiesen mittlerer Standorte (33.41), einer Feldhecke mittlerer Standorte (41.22), trockenwarmer Ruderalflur (35.62), nitrophytischer Saumvegetation (35.11), Wegen (60.23) sowie in einem Eichen-Sekundärwald (56.40) und einem Mischbestand mit überwiegendem Laubbaumanteil (59.21). Die Acker- und Grünlandflächen werden im Anschluss an die Bauarbeiten wiederhergestellt (V22.2). Da diese Maßnahme für die gesamte Trasse und alle Arbeitsflächen gilt, erfolgte dahingehend keine Anpassung in den Maßnahmenblättern (Teil I, Anhang 02). Der zusätzliche Ausbau der Zuwegung bei der Abzweigung von der K 2837 ragt in den ausgewiesenen Bereich eines geschützten Biotops gem. § 30 BNatSchG (Feldhecke mittlerer Standorte, 41.22). In Abstimmung mit der Baufirma ist ein Eingriff in die Böschung, auf welchem sich die Feldhecke befindet, nötig, die Gehölze selbst können jedoch umgangen werden. Gehölzstrukturen, welche im Detailausschnitt des Maßnahmenplans (Teil I, Anlage 01, Blatt 56), innerhalb der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme zu liegen scheinen, werden also tatsächlich nicht beeinträchtigt. Da die Gehölze des geschützten Biotops umgangen werden, wurde für diesen Bereich kein Konfliktpunkt B-1 (Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“, Kapitel 5.3, Tabelle 17) ergänzt. Aufgrund des Eingriffs in die nach Biotoptypenkartierung ausgewiesene geschützte Biotopfläche gem. § 30 BNatSchG ist eine naturschutzrechtliche Genehmigung (Teil K04) erforderlich. Da jedoch nicht in die Gehölze selbst, sondern nur in die ausgewiesene Biotopfläche, eingegriffen wird, ist keine weitere Vermeidungsmaßnahme i. S. einer Wiederherstellung erforderlich. Im Bereich der notwendigen Verbreiterung der Zufahrt innerhalb des Waldes werden die zu rodenden Gehölze nach Ende des Baus wiederhergestellt (V22.1). Es erfolgt eine temporäre Waldumwandlung von zusätzlich 0,04 ha. Die ordnungsgemäße forstliche Wiederbewaldung befristet in Anspruch genommener Waldflächen erfolgt spätestens drei Jahre nach Abschluss der baulichen Inanspruchnahme. Im Bereich der Feldhecke wird aufgrund des vergrößerten Ausbaus die Vermeidung der Beeinträchtigung von Reptilien (V<sub>AR</sub>13) umgesetzt. An den Straßenverbreiterungen außerhalb des Waldes sind die Vermeidung der Beeinträchtigung von Faltern (V<sub>AR</sub>12) und Reptilien (V<sub>AR</sub>13) unverändert vorzusehen. Die Nebenbestimmungen zum Naturschutz sowie zur Forstwirtschaft aus dem Planfeststellungsbeschluss (Bundesnetzagentur 2024, Kap. A.V.4 und A.V.5) gelten weiterhin auch für die erweiterten Umgriffe der Arbeitsflächen und Zufahrten.

Der Abspulplatz A-E2-51-003-V3 und dessen Zufahrt liegen innerhalb der Wasserschutzzone III des geplanten Wasserschutzgebiets Uiffingen, welches durch die zusätzlichen Flächeninanspruchnahmen vermehrt betroffen ist. Es handelt sich um ein fachtechnisch abgegrenztes Wasserschutzgebiet ohne rechtlich bindende Rechtsverordnung. Die allgemeinen Nebenbestimmungen aus dem Planfeststellungsbeschluss (Bundesnetzagentur 2024, Kap. A.IV.2.1 (5-7)) gelten unverändert für die erweiterten Umgriffe der Arbeitsflächen und Zufahrten.

### 3.3.1.2 A-E2-52-001-V3 inkl. Zufahrt

Der Abspulplatz A-E2-52-001-V3 befindet sich im Gemeindegebiet von Ravenstein bei km 40+800, an einem nahe zur Trasse verlaufenden Wirtschaftsweg. Betroffen von der Planänderung sind die Flurstücke 1097, 1111/1, 1195, 1195/7, 1208, 1223 und 1230 der Gemarkung Oberwittstadt, auf denen sich die temporäre Flächeninanspruchnahme erhöht. Bei den Flurstücken 1208, 1223 und 1230 ändert sich zudem zum Teil die Art der Flächeninanspruchnahme. Die Kabel werden vom Wirtschaftsweg über sogenannte Abspulstreifen in die Muffe eingezogen. Abweichend vom Planungsstand der Unterlagen nach § 21 NABEG muss der Untergrund auf den Abspulstreifen dafür geschottert werden, wodurch es zu einem Bodeneingriff kommt.

Aufgrund des größeren Platzbedarfs im Abspulbereich werden zusätzliche Flächen im Bereich des Wirtschaftsweges sowie den Übergängen zwischen Wirtschaftsweg und Abspulstreifen benötigt. Zudem kommt es im Bereich der Zufahrt aufgrund der topografischen Gegebenheiten zu zusätzlichen Flächeninanspruchnahmen. Um Eingriffe in die Obstbäume westlich der Bestandsstraße zu vermeiden, wird die Zufahrt nach Osten hin verbreitert. Dadurch kommt es zu einer Neubetroffenheit des Flurstücks 1097.

Die zusätzlichen Flächeninanspruchnahmen befinden sich auf Ackerflächen (37.11), Grünland (33.62), Fettwiesen (33.41) trockener bis feuchter Stauden- und Ruderalflur (35.64) und Wegen (60.23, 60.25). Die Flächen werden im Anschluss an die Bauarbeiten wiederhergestellt (V22.2). Da diese Maßnahme für die gesamte Trasse und alle Arbeitsflächen gilt, erfolgte dahingehend keine Anpassung in den Maßnahmenblättern (Teil I, Anhang 02). Im Bereich der Zufahrt ist ggf. ein Rückschnitt der Obstbäume im Lichtraumprofil erforderlich, welcher unter Begleitung und Kontrolle der ökologischen Baubegleitung (V1) durchgeführt wird. Der Amphibienschutzzaun (V<sub>AR</sub>14) im Bereich der Zufahrt wird dem aktuellen Umgriff der Bauflächen angepasst. Zusätzlich ist im Bereich des Ausbaus an der K 3966 die Vermeidung der Beeinträchtigung von Faltern (V<sub>AR</sub>12) vorgesehen. Die Nebenbestimmungen zum Naturschutz aus dem Planfeststellungsbeschluss (Bundesnetzagentur 2024, Kap. A.V.4) gelten weiterhin auch für die erweiterten Umgriffe der Arbeitsflächen und Zufahrten.



### 3.3.1.3 A-E2-53-002-V3 inkl. Zufahrt

Der Abspulplatz A-E2-53-002-V3 befindet sich im Gemeindegebiet von Möckmühl bei km 58+400, direkt an der Trasse. Betroffen von der Planänderung sind die Flurstücke 593/1, 594, 595, 596, 626 und 653 der Gemarkung Möckmühl, auf denen sich die temporäre Flächeninanspruchnahme erhöht.

Aufgrund der veränderten Muffenumfahrung muss der Abspulplatz in zwei Bereichen vergrößert werden. Dadurch kommt es zu einer Neubetroffenheit des Flurstücks 593/1. Zudem bedingt die veränderte Muffenumfahrung eine Zufahrt zum Abspulplatz von Osten. Daher ist der Neubau einer temporären Verbindungsstraße zwischen der zur Autobahn parallel verlaufenden Straße und dem Abspulplatz auf den Flurstücken 626, 653, 595 und 596 notwendig.

Die zusätzlichen Flächeninanspruchnahmen befinden sich auf Ackerflächen (37.11), einer Feldhecke mittlerer Standorte (41.22) und einer Straße (60.21). Die Flächen werden im Anschluss an die Bauarbeiten wiederhergestellt (V22.2). Da diese Maßnahme für die gesamte Trasse und alle Arbeitsflächen gilt, erfolgte dahingehend keine Anpassung in den Maßnahmenblättern (Teil I, Anhang 02). Es erfolgt kein Eingriff in die gem. § 30 BNatSchG gesetzlich geschützte Feldhecke (41.22) westlich der Zufahrt sowie das gem. § 30 BNatSchG gesetzlich geschützte Feldgehölz (41.10) östlich der Zufahrt. Der Amphibienschutzzaun ( $V_{AR14}$ ) im Bereich der neu anzulegenden Zufahrt wird dem aktuellen Umgriff der Bauflächen angepasst. Die Nebenbestimmungen zum Naturschutz aus dem Planfeststellungsbeschluss (Bundesnetzagentur 2024, Kap. A.V.4) gelten weiterhin auch für die erweiterten Umgriffe der Arbeitsflächen und Zufahrten.

Der Abspulplatz liegt auf einer gutachterlichen Bodendenkmalvermutungsfläche (178, ArchaeoConnect). Die bereits gem. den Unterlagen nach § 21 NABEG vorzusehenden archäologischen Maßnahmen werden auch auf den zusätzlichen Flächen umgesetzt. Die Nebenbestimmungen zum Denkmalschutz aus dem Planfeststellungsbeschluss (Bundesnetzagentur 2024, Kap. A.V.9) gelten weiterhin auch für die erweiterten Umgriffe der Arbeitsflächen und Zufahrten.

### 3.3.1.4 A-E2-54-003-V3

Der Abspulplatz A-E2-54-003-V3 befindet sich im Gemeindegebiet von Oedheim bei km 77+600, auf der nahe zur Trasse verlaufenden K 2001. Von dort aus werden die Kabel über die Trassenzufahrt und anschließend über die Arbeitsfläche der Trasse in die ca. 1200 m weiter südwestlich befindliche Muffengrube eingezogen. Betroffen von der Planänderung sind die Flurstücke 11328, 11329 und 11529 der Gemarkung Oedheim, auf denen sich die temporäre Flächeninanspruchnahme erhöht. Zudem ändert sich zum Teil die Art der Flächeninanspruchnahme beim Flurstück 11529 sowie bei den – von einer vergrößerten Flächeninanspruchnahme nicht betroffenen – Flurstücken 11329/1, 11329/2, 11330, 11333 und 11335. Die Kabel werden von der K 2001 über einen sogenannten Abspulstreifen in die Muffe eingezogen. Abweichend vom Planungsstand der Unterlagen nach § 21 NABEG muss der Untergrund auf dem Abspulstreifen dafür geschottert werden, wodurch es zu einem Bodeneingriff kommt. Betroffen davon sind Bereiche, welche in den Unterlagen nach § 21 NABEG als Bodenlagerstreifen (ohne Bodeneingriff) ausgewiesen wurden. Als Abspulstreifen wird zwar die bereits bestehende Normallaststraße verwendet, welche bereits geschottert ist und daher für die Nutzung als Abspulstreifen nicht angepasst werden muss. Die Breite dieser reicht jedoch für den Abspulstreifen nicht aus, weshalb zudem in den bisher nur als Bodenlagerstreifen genehmigten Bereich eingegriffen werden muss. Dort ändert sich aufgrund der notwendigen Schotterung des Abspulstreifens die Art der Flächeninanspruchnahme.

Die zusätzlichen Flächeninanspruchnahmen befinden sich auf Fettwiesen (33.41) und einer Straße (60.21). Die Flächen werden im Anschluss an die Bauarbeiten wiederhergestellt (V22.2). Da diese Maßnahme für die gesamte Trasse und alle Arbeitsflächen gilt, erfolgte dahingehend keine Anpassung in den Maßnahmenblättern (Teil I, Anhang 02). Gemäß Biotoptypenkartierung liegt der Abspulplatz zudem auf einem Nutzgarten (60.61), in welchen jedoch nicht eingegriffen wird. Rückschnitte der angrenzenden Gehölze im Lichtraumprofil sind ggf. erforderlich und werden unter Begleitung und Kontrolle der ökologischen Baubegleitung (V1) durchgeführt. Der Amphibienschutzzaun (V<sub>AR</sub>14) im Bereich des Nutzgartens wird dem aktuellen Umgriff der Bauflächen angepasst. Die Nebenbestimmungen zum Naturschutz aus dem Planfeststellungsbeschluss (Bundesnetzagentur 2024, Kap. A.V.4) gelten weiterhin auch für die erweiterten Umgriffe der Arbeitsflächen und Zufahrten.

Der Abspulplatz befindet sich in ca. 30 m Entfernung zum FFH-Gebiet „Untere Jagst und unterer Kocher“ (6721-341) – Teilgebiet „Wald westl. Neuenstadt“. Es befinden sich Lebensstätten von Bechsteinfledermaus, Großem Mausohr und Besenmoos im Nahbereich zum Abspulplatz. Im Bereich des Abspulplatzes tritt kein Dauerlärm auf. Die Herstellung des Abspulplatzes erfolgt nur tagsüber, lediglich die Anlieferung der Kabeltrommeln findet nachts statt. Aufgrund des regulären nächtlichen Verkehrsaufkommens auf der K 2001 ergibt sich dadurch keine relevante Erhöhung des Wirkfaktors Lärm. Aufgrund der durch die K 2001 bestehenden akustischen und visuellen Störungen ist zudem davon auszugehen, dass der Waldrandbereich von den Fledermäusen bereits weitgehend gemieden wird und somit eine Abschirmwirkung für die Vorkommen im Waldbereich besteht. Es kommt zu keiner relevanten Emission von Licht in Habitate für potenzielle Quartiere von Fledermäusen. Die Aufgabe von Wochenstuben aufgrund von baubedingten Lichtemissionen und eine dadurch bedingte Erhöhung des allgemeinen Lebensrisikos von Jungtieren kann somit ausgeschlossen werden. Zudem ist der Bereich ebenfalls in Bezug auf Licht einer Vorbelastung durch nächtlich fahrende Autos unterworfen. Details dazu sind dem Teil G „Natura 2000-Verträglichkeitsprüfungen“ (Kap. 4.5.6 ff.) zu entnehmen.

Der Abspulplatz liegt zum Teil im Nahbereich einer Bodendenkmalvermutungsfläche (111582743, Archivkennung OEDH041). Die bereits gem. den Unterlagen nach § 21 NABEG vorzusehenden archäologischen Maßnahmen werden auch auf den zusätzlichen Flächen umgesetzt. Die Nebenbestimmungen zum Denkmalschutz aus dem Planfeststellungsbeschluss (Bundesnetzagentur 2024, Kap. A.V.9) gelten weiterhin auch für die erweiterten Umgriffe der Arbeitsflächen und Zufahrten.



## 4 Literatur- und Quellenverzeichnis

### 4.1 Literatur

**LUBW (2012):** Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung - Arbeitshilfe (Stand Dezember 2012, 2. überarbeitete Auflage)

### 4.2 Gesetze, Richtlinien, Unterlagen und Verordnungen

**BBPlG** Bundesbedarfsplangesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726) geändert worden ist

**Bundesnetzagentur (2024):** Planfeststellungsbeschlusses für das Vorhaben 3 BBPlG: Brunsbüttel – Großgartach, Abschnitt E2: Bundeslandgrenze Baden-Württemberg/Bad Friedrichshall (BW) vom 13. September 2024

**NABEG** Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726) geändert worden ist

**UVPG** Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

**VwVfG** Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist